

Altenparlament

des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Kiel, den 20. Mai 2015

Stellungnahme

zu den Anträgen **Demokratie lebt von Beteiligung** von CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW – Drucksache 18/2532 und **Demokratie lebt von Vertrauen** – Änderungsantrag der Fraktionen der PIRATEN – Drucksache 18/2557

Das Altenparlament des Schleswig-Holsteinischen Landtages begrüßt die Initiative der politischen Fraktionen zur Aktivierung der Wahlbeteiligung der Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein. Gleichzeitig erklärt sich das Altenparlament bereit, - soweit möglich – die Initiative zu unterstützen.

Als ursächlich für den starken Rückgang der Wahlbeteiligung werden allerdings weniger praktische oder technische Hürden gesehen, wie Sprachbarrieren, Erreichbarkeit von Wahllokalen oder begrenzte Öffnungszeiten, sondern vor allem Art und Inhalt von Parteipolitik und ihrer politischen und praktischen Umsetzung. Technische Schwierigkeiten dürften dabei nur von marginaler Bedeutung sein, sollten aber dennoch bei den Aktivierungsbemühungen nicht unberücksichtigt bleiben.

Grundsätzliche Hinweise und Fragestellungen:

- **Demokratie braucht Beteiligung und Vertrauen** gleichermaßen. Das eine geht nicht ohne das andere. Sowohl das Engagement in der Sache als auch die Entscheidung bei der Wahl erfordern Vertrauen in die Politik und in ihre auf Zeit gewählten Vertreter (Repräsentanten). Deshalb erschließt es sich uns nicht, weshalb bei den obigen Anträgen zwischen Beteiligung und Vertrauen differenziert wird?
- Die Demokratie in Deutschland tritt für bestimmte oberste Werte ein; an erster Stelle für die Würde des Menschen, „die zu achten und zu schützen, ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“ (Art. 1 GG). Daran sollte sich Politik messen und orientieren. Sie sollte ehrlich und glaubhaft sein. Bürgerinnen und Bürger ertragen auch unschöne Wahrheiten, wenn sie ehrlich und glaubhaft vermittelt werden und die Achtung der Menschenwürde gewährleistet ist. Ausgrenzungen von Bevölkerungsgruppen sind zu vermeiden, ebenso Bevorteilungen bestimmter Gruppen (Klientelpolitik).
- Leistung und Politik müssen erfahrbar sein: Bürgerinnen und Bürger müssen sich angenommen und ernst genommen fühlen. Bürger reagieren sensibel auf soziale Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten. Die Menschenwürde sollte bis in den nachgeordneten Institutionen gelebt, geachtet und verteidigt werden sowie bei politischen Entscheidungen erkennbar sein. Wird dieses für die Bürger erfahrbar, steigen Vertrauen in die Politik und in der Folge das Interesse an Wahlen.
- Das Leitmotiv jeden politischen Handelns sollte die soziale Gerechtigkeit sein. Wozu auch die Solidarität gehört, die ein wesentlicher Baustein unserer Wertegesellschaft ist.

Als Solidargesellschaft gilt zu beantworten:

Werden wir den Herausforderungen des demographischen Wandels und den damit verbundenen Veränderungen im solidarischen Handeln der Generationen gerecht?

Auch hier müssen sich demokratische Prozesse beweisen. Gleiches gilt für die Integration von Migranten und Aufnahme von Flüchtlingen.

- Leider wird die Gruppe derer, die sich abgehängt fühlen, immer größer (Arbeitslose, Geringverdiener, Teilzeitkräfte/Minijobber u.a.). Unser System lässt nicht erkennen, dass der Einzelne mit seiner Stimme etwas bewirken kann, d.h. Einfluss auf die Politik nehmen kann. Da gibt die „Partei“ der Nichtwähler mit gut 50 % ein deutlich wirkungsvolleres Signal ab.
- Oft wird zu statisch gedacht. Demokratie ist kein statischer Prozess. Demokratie ist dynamisch und muss immer wieder neu - analog zu den gesellschaftlichen Veränderungen - erarbeitet werden. So steigt der Anteil der Menschen mit Zuwanderungsgeschichten (auch Migrationshintergrund) kontinuierlich. Wie erreichen wir, dass sich diese Menschen integrieren und vermehrt engagieren, weil wir diese Mitbürger für das Gelingen unserer demokratischen Gesellschaft brauchen?
- „Es ändert sich nichts!“:
Regierungen kommen und gehen und an der z.T. inhumanen Hartz-IV-Gesetzgebung und ihrer kritikwürdigen Umsetzung hat sich seit mehr als 10 Jahren nichts geändert. Die Zahl der Leiharbeitsplätze steigt stetig, dereguliert den Arbeitsmarkt und die Schere zwischen Arm und Reich wird immer größer.
Ein Lösen der Probleme, vor allem in sozialen Fragen, ist selten erkennbar. So kann sich bei den betroffenen Personengruppen schnell die „Partei“ der Nichtwähler aus Resignation und Protest entwickeln.
- Politiker sollten authentisch sein und nicht nach dem Motto verfahren: „Wasser predigen und Wein trinken!“

Praktische Anregungen:

- Es gilt stärker zu analysieren, wer sind die Nichtwähler, um welche Bevölkerungsschichten handelt es sich? Welche Motive liegen ihnen zugrunde? Daran gilt es anzusetzen. Oft sind es Enttäuschungen über die Politik und Enttäuschungen auf örtlicher Ebene über nicht verstandene Ablehnungen und unsachgemäße Reaktionen öffentlicher Dienststellen.
- Wahlkampfveranstaltungen sollten sicherlich verstärkt werden. Sie regen zur Beteiligung an und schärfen das Profil und die Standpunkte der Parteien; ebenso Veranstaltungen, die Bürgernähe herstellen und den Einfluss auf Politik möglich machen, um der Resignation zu begegnen: „Was kann ich tun? - Es ändert sich eh nichts!“
- Initiierung regionaler Foren auch außerhalb von Wahlperioden: Bürger sollten zu Wort kommen.
- Die zu wählenden Kandidaten sollten in ihrem Wahlbezirk persönlich bekannt sein,

z.B. durch Teilnahme an Ortsbeiratssitzungen, ggf. auch durch Hausbesuche.

- Die gemachten Vorschläge, Politik im Unterricht zu thematisieren, sind sicherlich ein Weg, Jugendliche zur Wahl zu motivieren. Um die breite Gesellschaft zu erreichen, sollten darüber hinaus Themen, wie folgt in der Presse und im öffentlich-rechtlichen Fernsehen behandelt werden: „Was ist Demokratie und wie funktioniert sie in unserem parlamentarischen System?“, „Wie funktioniert unser parlamentarisches System? Weshalb sind dabei Wahlen wichtig und notwendig?“. In dieser Thematik ist durchaus noch Aufklärung notwendig.
- Politisches Handeln und das Lösen von Problemen muss an der Basis erkennbar und erfahrbar sein und sich in der Arbeit der nachgeordneten Dienststellen ausdrücken. Gesetzliche Fehlentwicklungen sollten korrigierbar sein, z.B. Bereiche in der Sozialgesetzgebung, wie ALG II, Teilbereiche des Rentenrechts. Mitarbeiter in Jobcentern sollten in Sozialrecht und sozialpädagogischem Handeln geschult werden.
- Für Bewohnerinnen und Bewohner von Senioreneinrichtungen sollten Wahlerleichterungen geschaffen werden, z.B. durch Fahrdienste, Wahlmöglichkeiten in den Einrichtungen. Diese Menschen sind bei Wahlen oft auf Eigeninitiative angewiesen, die aus der Einrichtung heraus nicht immer leicht realisierbar ist.
- Sinnvoll sind sicher mobile Wahllokale an bestimmten Standorten.
- Einrichtungen, wie „Jugend im Landtag“, „Schleswig-Holsteinisches Altenparlament“, sind gute Beispiele für gelebte Demokratie, ebenso Strukturen wie Senioren- und Ortsbeiräte sowie Ortsvereine von Sozial- und Wohlfahrtsverbänden. Sie realisieren Bürgerbeteiligung auf örtlicher Ebene.
- Als positiv hinzuzufügen, sind die Beauftragten-Strukturen, wie Bürgerbeauftragte für soziale Fragen, Ombudsleute u.a. Sie sind aufklärend tätig und ein Korrektiv bei sozialrechtlichen Fehlentscheidungen. Damit werden Enttäuschungen gegenüber politischen und staatlichen Entscheidungen abgemildert.

Abschließend sei gesagt, das Präsidium wird die Delegierten des Altenparlaments bitten, in ihren Organisationen und Einrichtungen für eine verstärkte Wahlbeteiligung zu werben.

Für das Präsidium:

Helga Raasch, LAG der freien Wohlfahrtsverbände

Absender: Helga Raasch, Hofberg 9, 24145 Kiel

Tel. 0431/71 17 30, E-Mail: h.raasch@kabelmail.de

